



Ergebnisse des Praxischecks „Einfach(er) gründen“

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemein – Instrument Praxischeck im BMWK	2
2. Praxischeck „Einfach(er) gründen“: Vorgehen und Methodik	2
3. Ergebnisse	3
3.1 Prioritäre Handlungsempfehlungen.....	4
3.2. Weitere Handlungsempfehlungen.....	10
3.2.1 Handlungsfeld Handwerk	10
3.2.2 Handlungsfeld Digitalisierung.....	11
3.2.3 Handlungsfeld Gesetzgebung	13
3.2.4 Handlungsfeld Kommunikation/Kundenorientierung.....	14
3.2.5 Handlungsfeld Sonstiges	15

1. Allgemein – Instrument Praxischeck im BMWK

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat mit den so genannten „Praxischecks“ einen neuen Weg eingeschlagen, um gezielt bürokratische Hemmnisse zu identifizieren und abzubauen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen: Die punktuelle Änderung einzelner Paragraphen führt oft nicht zu einem spürbaren Bürokratieabbau. Das BMWK hat daher ein Verfahren entwickelt, bei dem in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen, Behörden, Verwaltungen und anderen Expertinnen und Experten Hemmnisse und Lösungsmöglichkeiten für konkrete Fälle und Investitionsvorhaben erarbeitet werden. Dabei steht die Sicht der Anwenderinnen und Anwender im Vordergrund.

[Weitere Informationen](#) zu Praxischecks finden sich auf der BMWK-Website zum Thema „Bürokratieabbau“.

2. Praxischeck „Einfach(er) gründen“: Vorgehen und Methodik

Ein solcher Praxischeck wurde im Kontext der Start-up-Strategie der Bundesregierung durchgeführt. Im Zuge dessen hat das BMWK zusammen mit dem Statistischen Bundesamt (Destatis) und den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie mit Unterstützung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit 2023 einen gemeinsamen Praxischeck „Einfach(er) gründen“ durchgeführt. Die Zielsetzung war es, den Prozess der Unternehmensgründung und -nachfolge zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der Fokus lag dabei insbesondere auf dem Zusammenspiel zwischen Gründenden und Verwaltung, sowie verschiedener Verwaltungsstellen untereinander und deren internen Abläufen. Damit gibt der Praxischeck „Einfach(er) gründen“ erstmalig ein komplettes Bild, welche Hemmnisse aus Sicht der Gründenden bestehen und welche Perspektive die Verwaltungsstellen dazu einnehmen.

Anhand konkreter Gründungsbeispiele in ausgewählten Branchen (Gastgewerbe, Sanitär-Heizung-Klima-Handwerk, IT und Pflege) sowie in unterschiedlichen Gründungsformen (z.B. Einzelunternehmen, GmbH-Gründungen, Unternehmensnachfolgen, Voll- und Nebenerwerbsgründungen) wurden dafür notwendige administrative Schritte im Gründungs- und Nachfolgeprozess untersucht. Ausgangspunkt waren empirische Erkenntnisse aus einem Expertenhearing im Mai 2023 sowie aus Einzelinterviews mit Gründungsakteuren (Gründerinnen und Gründer, Kammern, Einheitliche Ansprechpartner) im Sommer/Herbst 2023.

Auf Basis der dabei identifizierten Handlungsbereiche wurden in einem nächsten Schritt 16 Tiefeninterviews mit ausgewählten, relevanten Verwaltungsstellen und behördenähnlichen Institutionen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg durchgeführt (Finanzämter, Oberfinanzdirektionen, Handwerkskammern, untere und obere Baurechts-(aufsichts-)-behörden). Aus den Ergebnissen dieser Befragungen wurden

über 50 Handlungsempfehlungen abgeleitet, die im Juli 2024 in zwei Workshops in Düsseldorf und in Stuttgart vorgestellt wurden. Unter Beteiligung der Verwaltungsstellen und weiterer ausgewählter neu gegründeter Unternehmen in den beteiligten Bundesländern wurden die Vorschläge diskutiert und auf ihre praktische Umsetzbarkeit hin überprüft. Wichtig war dabei, unter allen Akteuren ein gemeinsames Problemverständnis zu erzeugen und die in die Diskussion eingebrachten Handlungsempfehlungen soweit wie möglich zu konkretisieren sowie erste Vereinbarungen zur Umsetzung abzusprechen.

Die Maßnahmenvorschläge wurden in den Handlungsfeldern Handwerk, Digitalisierung des Gründungsprozesses, Gesetzgebung und Kommunikation (intern/extern)/Kundenorientierung mit der Vollzugsebene (Finanzämter, Oberfinanzdirektionen, Handwerkskammern, untere und obere Baurechts-(aufsichts-)behörden) gebündelt diskutiert und aufgrund fachlicher Zusammenhänge auf 44 Maßnahmenvorschläge inhaltlich verdichtet.

Erfolgskritisch im Praxischeck „Einfach(er) gründen“ war, dass neben der Erfahrung von Unternehmen bzw. Gründerinnen und Gründern auch die Erfahrungen und die Expertise der Vollzugsebene berücksichtigt wurde. Die in beiden Workshops diskutierten Maßnahmenvorschläge stießen auf einen breiten Konsens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Erfahrung mit diesem Praxischeck zeigt, was sich bereits bei vorherigen Praxischecks des BMWK herausgestellt hat: Es ist unverzichtbar, bei weiteren Praxischecks zum Bürokratieabbau die Vollzugsebene systematisch einzubeziehen.

3. Ergebnisse

Der Praxischeck wurde zusammen mit den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durchgeführt, er zielt jedoch auf eine bundesweite Wirksamkeit und dadurch auf die Stärkung des gesamten Gründungsgeschehens in Deutschland ab. Darüber hinaus sollen die Handlungsempfehlungen auch Impulse für weitere Umsetzungsansätze zum Bürokratieabbau auf Bundes- und Länderebene geben. Ein Beispiel: die Bundesländer vollziehen bundesrechtliche Bestimmungen im Baurecht, die Auswirkungen auf Gründungen haben können. Gleichzeitig regeln die Bundesländer im Landesrecht bzw. die Kommunen auf kommunaler Ebene weitere baurechtliche Aspekte, für die das Gleiche gilt. Hier könnte beispielsweise auf Länder- bzw. kommunaler Ebene geprüft werden, inwieweit Handlungsspielräume genutzt werden könnten, um Genehmigungsverfahren zu vereinfachen bzw. zu beschleunigen. Grundsätzlich wäre es zudem empfehlenswert, dass vorhandene Bund-Länder-Ausschüsse oder gemeinsame Arbeitskreise (z.B. Bund-Länder-Ausschüsse Mittelstand, Gewerberecht, eGovernment für die Wirtschaft) stärker dazu genutzt werden, mögliche Vereinfachungen in der Vollzugspraxis zu erörtern und umzusetzen. Die Handlungsempfehlungen des Praxischecks können dafür handlungsleitend sein. Es hat sich im Verlauf des Praxischecks gezeigt, dass dem weniger regulatorische Hürden entgegenstehen, sondern eher prozessuale Vereinfachungen im Vollzug der bestehenden Regeln nötig wären. 11 der insgesamt 44 Maßnahmenvorschläge bedürften ausschließlich einer rechtlichen Anpassung.

Dieses Ergebnispapier gibt die Hemmnisse und Lösungsansätze wieder, die von den Expertinnen und Experten in beiden Workshops geäußert wurden. Darüber hinaus gibt es die Erfahrungen der Projektbeteiligten wieder und ist eine Ergebnisdarstellung aus Sicht aller Beteiligten.

Die Maßnahmenvorschläge wurden mit Hilfe von vier Kategorien hinsichtlich ihrer Umsetzungspriorität und Realisierbarkeit eingestuft. Die Projektbeteiligten verständigten sich auf die folgenden Kategorien:

Kategorisierung der Maßnahmenvorschläge

Kategorie	Anzahl
1 - Umsetzungsvorschlag hat eine hohe Umsetzungsperspektive und ist prioritär umzusetzen	7
2 - Problem bzw. Umsetzungsvorschlag wurde erkannt; Verbesserungen/ Vereinfachungen sind tlw. schon angestoßen	9
3 - Problem bzw. Umsetzungsvorschlag wird weiter geprüft, Lösung/Abhilfe derzeit nicht (unmittelbar) absehbar	15
4 - Aktuell besteht wenig bis gar kein Umsetzungs- und Handlungsbedarf	13

3.1 Prioritäre Handlungsempfehlungen

Die folgenden Handlungsempfehlungen bzw. Maßnahmenvorschläge haben aus Sicht der beteiligten Praktikerinnen und Praktiker sowie der Verwaltungsstellen großes Beschleunigungs- und Vereinfachungspotential. Deshalb sollten sie prioritär durch die zuständigen Akteure auf Bundes-/Landesebene umgesetzt werden. Sie werden daher den übrigen Maßnahmen vorangestellt.

Hinweis: Die Reihung der prioritären Maßnahmen impliziert keine Gewichtung. Die Nummerierung dient lediglich der Übersichtlichkeit.

Maßnahme 1	Vereinfachung von Prozessen zur Eintragung in die Handwerksrolle und Vernetzung der Handwerksrollen
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Dezentrale Führung der Handwerksrollen • Handwerkskammern: Regionale Zuständigkeiten • Bei Umzug: Gründende müssen sich in der alten Handwerksrolle löschen und am neuen Ort bei der zuständigen Handwerkskammer neu eintragen lassen (Ab- und Neuanmeldung notwendig).
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung einer bundesweit zentral geführten Handwerksrolle zur Beschleunigung des An- und Abmeldeprozesses bei Umzug. • Die Handwerkskammern durch die Implementierung von kammerübergreifenden (offenen) Schnittstellen untereinander vernetzen. • Analog zur Wohnsitzabmeldung den Schritt der Abmeldung streichen.
Akteure	Bund, Länder, ZDH, Handwerkskammern
Priorität	1
Umsetzung	mittelfristig (rechtlich + organisatorisch)
Status Umsetzung von HE	Die Handwerksorganisation greift diesen Punkt auf und hat vor Kurzem erste Vorschläge für Rechtsänderungen der Handwerksordnung, die der Digitalisierung von Verwaltungsverfahren dienen, in einem Bund-Länder-Arbeitskreis vorgestellt. Perspektivisch könnte ggf. ein neuer Teil „Digitalisierung“ in die HwO eingefügt werden mit dem Ziel, vollautomatisierte Verfahren einzuführen (Verwaltungsentscheidungen). Erste Pilot-Projekte in den Kammern mit KI-Einsatz gestartet.

Maßnahme 2	Verbesserung des Datenaustauschs zwischen und innerhalb der Handwerkskammern; Aufbau einer Meisterprüfungsdatenbank
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Datenaustausch zwischen den und innerhalb einer Handwerkskammer(n) erschwert • Erschwerte Überprüfung des Vorhandenseins eines Meisterbriefs, welcher zentral für die Eintragung eines zulassungspflichtigen Handwerks in die Handwerksrolle ist.
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung des Datenaustausches zwischen und innerhalb der Handwerkskammern (einheitliche Auslegung der DSGVO). • Prüfung des Aufbaus einer bundesweiten Meisterprüfungsdatenbank oder Vernetzung der einzelnen Meisterprüfungsdatenbanken der Handwerkskammern
Akteure	Bund, Länder, ZDH, Handwerkskammern

Priorität	1
Umsetzung	mittel- bis langfristig (organisatorisch)
Status Umsetzung von HE	ZDH hat, „einheitliche Auslegung der DSGVO“ im Arbeitskreis „Datenschutz“ der Handwerksorganisation aufgegriffen. Ziel ist, Verbesserung des Datenaustausches zwischen Handwerkskammern und innerhalb einer Handwerkskammer.

Maßnahme 3	Erleichterung des Übernahmeprozesses von Unternehmen
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Im Handwerk streben laut des Deutschen Handwerksinstituts schätzungsweise 125.000 Handwerksbetriebe in den nächsten fünf Jahren eine Übergabe ihres Betriebes an. • Datenschutzrechtliche Probleme, vor allem bei der Weitergabe von Kundendaten, welche ein zentrales Asset eines Unternehmens sind. • Nachfolge ist in der Wahrnehmung als weitere Gründungsform (neben der Neugründung) nicht hinreichend bekannt.
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Genehmigungen direkt auf den Übernehmenden übertragen, um die personengebundenen Genehmigungen zu beseitigen. • Kodifizierung des Unternehmenskaufs • Neuaufstellung der BMWK-/ KfW- Unternehmensnachfolgeplattform nexas-change.org
Akteure	Bund, Länder, KfW
Priorität	1
Umsetzung	kurz- bis mittelfristig (rechtlich + organisatorisch)
Status Umsetzung HE	<ul style="list-style-type: none"> • BMWK hat bereits neuen Beschluss der Datenschutzkonferenz (09/2024) zu Unternehmensübergaben („Asset-Deals“) bewirkt und damit Übergang von Kundendaten im Falle von Einzelunternehmen und Personengesellschaften erleichtert, Rechtsunsicherheiten beseitigt und Prozesse vereinfacht. • Prüfung weiteres Vorgehen im Kontext Beschluss der Justizministerkonferenz zwecks Einsetzung einer Expertenkommission zur Kodifizierung Unternehmenskauf. • Unternehmensnachfolge wird als Gründungsform beim Vorsitz der Wirtschaftsministerkonferenz in 2025 von BW in den Fokus gestellt, um die Sensibilität auf das Thema deutlich zu erhöhen. • Gründungsportale des Bundes und der Länder fokussieren verstärkt auf Unternehmensübergaben; die Beratungspraxis insb. die Kammern binden Unternehmensnachfolge stärker in ihre Beratung ein.

	<ul style="list-style-type: none"> • Geplanter Relaunch der Unternehmensnachfolgebörse nexxt-change.org (2. Halbjahr 2025) und verstärkte Vernetzung mit den Ländern.
--	--

Maßnahme 4	Flächendeckender Einsatz von dynamischen Formularen mit integrierten Plausibilitätsprüfungen – insbesondere des Formulars für steuerliche Erfassung (FsE)
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Anträge, insbesondere FsE, sind häufig fehlerhaft und unvollständig. Dadurch entsteht Mehraufwand für Gründende und Verwaltung. • Zudem ist der Bearbeitungsstand der Anträge oft für die Antragsteller nicht transparent.
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz dynamischer Formulare (z.B. auch unter Mithilfe von Künstlicher Intelligenz). • Verhinderung der Weiterleitung fehlerhafter/unvollständiger Formulare an die Finanzverwaltungen.
Akteure	Bund, Länder
Priorität	1
Umsetzung	mittelfristig (organisatorisch)
Status Umsetzung HE	Es gibt erste Überlegungen, anstelle von Steuerformularen zur Erfassung steuerrelevanter Daten Online-Tools pilothaft zu entwickeln, die künftig schnelles und vollständiges Erfassen dieser Daten und deren Weiterverarbeitung ermöglichen. Erste Gespräche zur möglichen Nutzung von Online-Tools laufen auch mit der KfW. Die vom Bund und den Ländern eingesetzte Länder-Arbeitsgruppe und die Umsatzsteuervordruck-Kommission identifizieren laufend fehleranfällige Stellen im FsE und werden künftig auch die Sicht/Praxiserfahrung der Gründenden aktiv einbinden.

Maßnahme 5	Bundesweit Einrichtung (offener) Schnittstellen zwischen den Verwaltungen
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Gründerinnen und Gründer müssen aktuell bei vielen Behörden mehrfach dieselben Daten hinterlegen, da diese nicht aktiv zwischen den Verwaltungen ausgetauscht werden. • Nicht vorhandene Schnittstellen-Standards (einheitliche Datenformate) • z.T. erfolgt noch postalischer Austausch von Daten.
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung von Basis-Schnittstellen-Standards • Schaffung technischer und organisatorischer Strukturen für interbehördlichen Datenaustausch (Umsetzung Once-Only-Prinzip) • Einschränkung postalischen Aktenaustausches • Ausbau Gründungsportale und Online-Services der Länder/Kommunen

Akteure	Bund, Länder, Kommunen
Priorität	1
Umsetzung	mittel- bis langfristig (organisatorisch)
Status Umsetzung HE	<ul style="list-style-type: none"> • Nachnutzung der EfA-Leistungen (Einer-für-Alle Dienstleistungen) aus OZG-Projekten durch die Kommunen und Länder anstreben, stärkere Verbreitung der Ergebnisse des OZG-Projekts Unternehmensstart in NRW sowie Bekanntheit von bestehenden Online-Services (z.B. Gründungsassistent NRW) als gute Praxis erhöhen. • Mit XUnternehmen steht ein Datenaustausch-Standard zur Verfügung, der in noch mehr Online-Services und Fachverfahren implementiert werden muss. • Prüfauftrag zur Erweiterung des Gründungsassistenten NRW (z.B. Baurecht für Gründende hinreichend abbilden; Integration Kapitalgesellschaften; Einsatz KI, zur schnellen und einheitlichen Zuordnung/Unterscheidung Handwerk vs. Handel, Dienstleistung und Industrie). • An die Länder appellieren, so weit wie möglich offene Schnittstellen für ungehinderten Datenaustausch zw. den Verwaltungen einzusetzen.

Maßnahme 6	Nutzung einer einfacheren Sprache im Steuerrecht; verständlichere Anträge und Formulare (in mehreren Sprachen)
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Offizielle Schreiben von Behörden sind für die Gründenden oftmals unverständlich aufgrund der aus Gründen der Rechtssicherheit gewählten Formulierungen (z.T. direkt aus den Gesetzestexten entnommen). • Uneinheitliche Bezeichnungen für denselben Regelungsgegenstand werden in den Gesetzes-/ Verordnungstexten verwandt. • Bürgerferne Sprache in einigen Formularen und Schreiben. • Gründungsprozess muss in jedem Fall von Gründungsberatern begleitet werden, da die Formulare sonst oft nicht zu verstehen sind.
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Leichtere und bürgernahe Sprache in Formularen und Bescheiden der Verwaltung einführen. • Mehrsprachige Formulare einführen und Qualifizierungs- und Austauschangebote für Beschäftigte in den Verwaltungen. • Prüfung breite Verwendung z.B. der KI-Software „Textlab“ zur Vereinfachung von Formularen.
Akteure	Bund, Länder

Priorität	1
Umsetzung	mittel -bis langfristig (rechtlich + organisatorisch)
Status Umsetzung HE	<ul style="list-style-type: none"> • Routinemäßige Sprach- und Verständlichkeitsprüfung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen in Bundeszuständigkeit. Grundsätzlich steht die Gesetzesredaktion im BMJ für weitere Sprach- und Verständlichkeitsprüfung (v.a. zu steuerrechtlichen Aspekten) bereit. • Stärkere Verbreitung von Informationen und Erfahrungen zur Nutzung von Software wie „Textlab“ (Sprachsoftware) und weiteren eLearningtools in den Ländern. • Bereits existierende mehrsprachige Formulare der Verwaltung zwecks Nachnutzung zur Verfügung stellen (z.B. KfW-Gründerplattform).

Maßnahme 7	Verstärkte Kundenorientierung
Problemlage	<ul style="list-style-type: none"> • Gründende berichten, dass sie sich durch Verwaltungen nicht als „Kunden“ behandelt fühlen, sondern vielmehr als „Bittsteller“. • Kundenzufriedenheit und -orientierung spielen eine untergeordnete Rolle in Behörden. Oftmals besteht Unklarheit über Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnissen der Behörden.
Handlungsempfehlungen (HE)	<ul style="list-style-type: none"> • Überdenken der Ausrichtung von Behörden, verstärkter Fokus auf Kundenorientierung und aktive Kommunikation mit den Kunden. • Klare Verantwortlichkeiten für konkurrierende Aspekte im Gründungsprozess (z.B. Baurecht, Denkmalschutz) und ausreichende Ressourcen in den Verwaltungen. • Mehr Fort- und Weiterbildungen zum Thema Kundenorientierung.
Akteure	Bund, Kommunale Spitzenverbände, Länder, Kommunen
Priorität	1
Umsetzung	mittel- bis langfristig (organisatorisch)
Status Umsetzung HE	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung der Aufnahme bzw. der Erweiterung eines Moduls „Kundenorientierung“ in die Aus- und Fortbildungspläne für Verwaltungsangestellte auf Landes- bzw. kommunaler Ebene. • Check der Einführung eines Wettbewerbs „Gründungsfreundliche Kommune“ durch die Länder (BW positive Erfahrungen, Wettbewerb schafft Sensibilität und unterstützt den Ansatz einer proaktiven kundenorientierten Verwaltung).

3.2. Weitere Handlungsempfehlungen

Darüber hinaus wurden im Praxischeck „Einfach(er) gründen“ weitere Handlungsempfehlungen erarbeitet, die nicht in Kategorie 1 prioritär eingestuft sind. Die Projektbeteiligten und Workshopteilnehmenden haben die nachstehenden weiteren Handlungsempfehlungen folgendermaßen eingestuft:

- *Kategorie 2:* In diesen Bereichen sind tlw. schon Verbesserungen/Vereinfachungen angestoßen.
- *Kategorie 3:* Das Problem bzw. der Umsetzungsvorschlag wird weiter geprüft. Lösungen bzw. Abhilfe sind derzeit nicht (unmittelbar) absehbar.
- *Kategorie 4:* Hier besteht aktuell wenig bis gar kein Umsetzungs- und Handlungsbedarf.

3.2.1 Handlungsfeld Handwerk

Problemfeld	Handlungsempfehlung	Priorität	Umsetzung	Akteure
(8) Digitalisierungsschritte in den Handwerkskammern	Einführung einheitlicher Datenstandards/offener Schnittstellen zwischen HWK, Gewerbeämtern und DRV; Harmonisierung der Formulare und Begrifflichkeiten zur Vereinfachung des Gründungsprozesses	2	kurz- bis mittelfristig (organisatorisch)	Bund, Länder, ZDH, HWK
(9) Einheitliche Unterscheidung zwischen Handwerk und Handel, Dienstleistung und Industrie sicherstellen	Aktualisierung des DIHK-/HWK-Leitfadens (abgeschlossen), Prüfung Integration eines KI-/Online-Tools zur besseren Einordnung (erster Pilot begonnen), stärkere Verbreitung an andere Verwaltungsstellen	2	kurz- bis mittelfristig (organisatorisch)	Bund, Länder, DIHK, ZDH, Kammern
(10) Fehlende einheitliche Validierungsverfahren durch Sachkundeprüfende	Einführung eines zentralen Sachkundeprüfverfahrens, Prüfung der Schaffung einer Prüfungsdatenbank mit Prüfungsfragen, Digitalisierung von Prüfungen zur Entschlackung des Validierungsprozesses und Gewinnung neuer Prüfender	3	kurz-bis mittelfristig (organisatorisch)	BMWK, ZDH, HWK

(11) ungleiche Rentenversicherungspflicht	Harmonisierung der Rentenversicherungspflicht bei Einpersonengesellschaften und GmbHs, Schaffung von Transparenz und Information, insbesondere bei GmbH-Übernahmen.	3	mittelfristig (rechtlich)	Bund
(12) Rechtliche Nachjustierung der Handwerksordnung; insbesondere §§7b,8,9 HwO, Prüfung Standardisierung/ Harmonisierung Rechtsbegriffe	Beibehaltung des aktuellen Status quo (Leipziger Beschlüsse).	4	nicht erforderlich (rechtlich)	Bund

3.2.2 Handlungsfeld Digitalisierung

Problemfeld	Handlungsempfehlung	Priorität	Umsetzung	Akteure
(13) Digitale Anlaufstelle für Gründende/Gründungsassistent als gutes Beispiel weiter ausbauen	Prüfung, Aufnahme des NRW-Gründungsassistenten in das Bundesportal. Erweiterung des Gründungsassistenten um weitere Informationen und Tools (s. oben).	2	kurz- bis mittelfristig (organisatorisch)	Bund, Länder
(14) Fehlende digitale Tools in den kommunalen Baubehörden, längere Bearbeitungszeiten	Einführung der Kollaborationsplattform Virtuelles Bauamt (ViBa) zur parallelen Bearbeitung und Kommunikation zwischen Fachbehörden. Vereinfachung des Anmeldeprozesses und Einführung eines einheitlichen Fachverfahrens für alle Kommunen („Nachnutzung“ des Basissystems des Pilot ViBa Mannheim).	2	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Länder
(15) Fehlende Trackingsysteme zum Bearbeitungsstand von Anträgen in allen	Einführung eines Trackingsystems, wenn neue Portale/Services/ Prozessstrecken in	3	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Bund, Länder

Verwaltungen; keine Transparenz für Antragsteller	Verwaltungen aufgebaut werden. Einsatz von KI sollte erprobt werden.			
(16) Weitere Digitalisierungsschritte in den Finanz- und Baubehörden	Verbesserung des Datenaustauschs zwischen Finanzverwaltungen und Gewerbeämtern, Einrichtung von Rückkanälen; keine Handlungsoption insb. zur Optimierung und Verschlinkung des Prozesses zu Umsatzsteuerbetrug.	3	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Bund, Länder
(17) Fehlende bundesweite gemeinsame IT-Strategie Bund-Länder und keine verbindliche Umsetzung des EfA-Prinzips	Entwicklung einer gemeinsamen IT-Strategie für Bund und Länder, gemeinsame IT-Standards (offene Schnittstellen), verbindliche Umsetzung der gem. EfA-Prinzip erarbeiteten Lösungen (gesetzliche Vorgaben)	3	mittel- bis langfristig (rechtlich + organisatorisch)	Bund, Länder
(18) Fehlende flächendeckende Möglichkeit, digitale Authentifizierung zu verwenden und zu akzeptieren	Verbesserung der Kommunikation zu Authentifizierungsmöglichkeiten, Vereinheitlichung der Optionen auf Bund-ID oder Elster. Stärkere Werbung Bund-ID als digitale Authentifizierung (analog zu Elster); Abschaffung der Länderkonten gemäß OZG-ÄndG (3-Jahresfrist).	3	mittelfristig (organisatorisch)	Bund, Länder
(19) Fehlende bundesweite zentrale Plattform bzw. eines zentralen Kontos für Gründende	Aufbau einer neuen Once-Only-Plattform oder eines „Gründer-Servicekontos“, um Daten nur einmalig einzugeben und von allen Behörden verwenden zu lassen. Dabei Einbindung bestehender Portale in ein einziges System.	3	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	(Bund), Länder, Kommunen

3.2.3 Handlungsfeld Gesetzgebung

Problemfeld	Handlungsempfehlung	Priorität	Umsetzung	Akteure
(20) Optimierung des An-/Abmeldeprozesses bei der Gewerbeanmeldung	Zentralisierung und Digitalisierung des Gewerbeanmeldeprozesses zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten, Vereinfachung bei Umzügen.	2	kurz- bis mittelfristig (rechtlich)	Bund, Länder, Kommunen
(21) Fehlende eindeutige Abgrenzung von Freiberuflern und gewerblich Tätigen im IT-Bereich (§ 18 EStG); Rechtssicherheit Scheinselbstständigkeit; „gewerbliche Infizierung“ Freiberufler	Erweiterung der Katalogberufe im § 18 EStG und Anpassung der Einkommenssteuerrichtlinien und -hinweise an aktuelle Rechtsprechung. PraxiscHECK Scheinselbstständigkeit, Transparenz zu „Grenzwerten“, Information/Aufklärung	2	mittel- bis langfristig (rechtlich + organisatorisch)	Bund, IfB
(22) Unterschiedliche Auslegung der §§ 2 und 3 StBerG	Möglichkeit für Finanzverwaltungen im Rahmen ihrer Tätigkeit eine beratende Funktion für Gründende auszuüben, keine Handlungsoption für gesetzliche Änderung. Verweisberatung möglich (u.a. Videos, Kontaktpersonen für Gründende)	3	mittel- bis langfristig (rechtlich)	Bund, Länder
(23) Bundesweit einheitliche Auslegung des Datenschutzes und Anpassungen im §30 Steuergeheimnis der Abgabenordnung	Harmonisierung der Datenschutzregelungen und Anpassungen des Steuergeheimnisses zur Förderung des medienbruchfreien Datenaustauschs zwischen Verwaltungen.	3	mittel- bis langfristig (rechtlich)	Bund, Länder
(24) Komplexität des Baurechts (Regelungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene)	Prüfung der verstärkten Nutzung der Musterbauordnung durch die Länder, Reduzierung kommunaler Regelungen (landesweite Vorgaben).	3	mittel- bis langfristig (rechtlich + organisatorisch)	Bund, Länder
(25) Einfache Verwaltung durch praxisnahe Gesetze	Reduzierung der Vorschriften im Baurecht und Einführung eines Moratoriums zur Steigerung der Effizienz.	3	mittel- bis langfristig (rechtlich)	Bund, Länder
(26) Anpassungen im Aufenthaltsgesetz	Einführung eines beschleunigten Verfahrens v.a. für selbstständige	3	mittel- bis langfristig	Bund

	IT-Fachkräfte, Zentralisierung der Bearbeitung in jedem Bundesland.		(rechtlich)	
(27) Erfordernis der Modifizierung der Technischen Baubestimmungen	Einführung bundesweit einheitlicher Technischer Baubestimmungen zur Reduzierung der Komplexität und Normenflut.	4	mittel- bis langfristig (rechtlich)	Bund, Länder
(28) Verknüpfungen zu anderen Rechtsgebieten im Baurecht reduzieren	Reduzierung von Verknüpfungen mit anderen Rechtsbereichen im Baurecht, um die Komplexität zu mindern.	4	mittel- bis langfristig (rechtlich)	Bund, Länder

3.2.4 Handlungsfeld Kommunikation/Kundenorientierung

Problemfeld	Handlungsempfehlung	Priorität	Umsetzung	Akteure
(29) Passgenaue Informationsangebote	Optimierung/ Vereinfachung behördlicher Informationen (mehrsprachig, Erklärvideos).	2	kurz- bis mittelfristig (organisatorisch)	Bund, Länder, Kammern
(30) Hinweis auf das Baurecht in der Erstberatung für Gründungsinteressierte	Sensibilisierung von Gründenden für baurechtliche Anforderungen	2	Kurzfristig (organisatorisch)	Länder, Kammern
(31) Informationsangebote bekannter machen und bündeln	Bündelung und bessere Sichtbarkeit von relevanter Information, zentrale Bereitstellung verbindlicher Informationen.	2	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Bund, Länder, Kammern
(32) Nutzung einer einfacheren Sprache im Baurecht	Einführung verständlicherer Formulierungen im Baurecht, ergänzt um zielgerichtete Infoangebote.	3	mittel- bis langfristig (rechtlich + organisatorisch)	Bund, Länder
(33) Voneinander lernen – Austausch fördern	Förderung des Austauschs zwischen Verwaltungen zur gegenseitigen Unterstützung bei der Digitalisierung.	3	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Bund, Länder
(34) Überprüfung von Prozessen auf KI Nutzung	Einsatz von KI (z. B. Chatbots) zur Automatisierung von Prozessen, Entlastung der Verwaltung.	3	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Bund, Länder
(35) Schaffung eines einheitlichen Digitalisierungsniveaus in den Verwaltungen	Einführung eines einheitlichen Mindestniveaus für die Digitalisierung in allen Verwaltungen.	4	mittel- bis langfristig (organisatorisch)	Bund, Länder
(36) Vereinheitlichung Begrifflichkeiten in Gesetzes-/ Verordnungstexten	Ableich und Synchronisierung von Begrifflichkeiten (z. B. „Unternehmen“, „Unternehmer“, „Niederlassung“); einheitliche Begriffsdefinition.	4	mittel- bis langfristig (rechtlich + organisatorisch)	Bund

	Durchgeführte BMWK-Abfrage bei den Praktikern ergab keinen Handlungsbedarf			
--	--	--	--	--

3.2.5 Handlungsfeld Sonstiges

Die im Handlungsfeld Sonstiges genannten Problemfelder und Handlungsempfehlungen werden in der nachfolgenden Übersicht der Vollständigkeit halber aufgelistet, um alle Inputs der Praktikerinnen und Praktiker darzustellen. Sie lassen sich nicht den ausgewählten Handlungsfeldern zuordnen. In den Praxisworkshops wurde aktuell für diese Maßnahmen kein Handlungsbedarf oder keine Zweckdienlichkeit im Kontext Bürokratieabbau bei Gründungen gesehen (Kategorie 4). Auch in diesem Handlungsfeld läge der Schwerpunkt auf organisatorischen Ansätzen; lediglich ca. 1/3 der Handlungsempfehlungen könnten rechtliche Änderungen implizieren.

Problemfeld	Handlungsempfehlung
(37) Fehlende Integration des Baurechts ins Architekturstudium	Einführung von Baurecht als Pflichtmodul im Architekturstudium (u.a. Ausfüllen Bauantrag) und Berücksichtigung praktischer Aspekte in der Berufserfahrung, um als Bauvorlageberechtigte bzw. -berechtigter auftreten zu können.
(38) Überdenken von Prozessen, um knappen Personalressourcen in der Verwaltung entgegenzuwirken	Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen und Digitalisierung zur Effizienzsteigerung in kommunalen Verwaltungen.
(39) Unzureichende Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel	Systematische Qualifizierung und ein Baukastensystem für Weiterbildungsmaßnahmen in unteren Verwaltungsbehörden.
(40) Einführung einer Pflichtberatung für Existenzgründende	Verpflichtende Beratung zu Beginn des Gründungsprozesses durch die Kammern und Begleitung im Gründungsprozess z.B. durch die Wirtschaftsförderung.
(41) Anforderungen an Businesspläne überdenken	Senkung der Hürde zur Erstellung von Businessplänen für Gründende, nur eine Prognose für die ersten zwölf Monate abgeben nicht für die nächsten drei Jahre.
(42) Fehlende zentrale Finanzbehörde in Deutschland	Einrichtung einer zentralen Finanzbehörde nach dem Beispiel Österreichs, u.a. schnellere Vergabe der Steuernummern, ein digitales Bearbeitungsniveau.
(43) Zuständigkeiten der Baurechtsbehörden überdenken	Beschränkung der Zuständigkeiten auf größere Kommunen zur effizienteren Bearbeitung von Baugenehmigungen.
(44) Einheitlichere Fördermittel	Verbesserung des Austausches zwischen den Bundesländern zur Vereinheitlichung der Fördermittellandschaft.

